

# Der Gesellschaft

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

Gründet 1876

Freitag den 4. Juni 1920

Bestenfalls Bestellung im  
Oberamtsbezirk. — An-  
zeigen sind dabei von  
bestem Erfolg.

Es wird keine Gewähr für  
den Fall gegeben, daß  
Veränderungen in bestimmten  
Lagen oder an den ge-  
richtlichen Stellen  
in höherer Instanz  
nicht sofort bei  
Antragstellung  
auf Änderung der  
Anzeige erfolgt.  
Alle Briefe, Anfragen  
sind zu richten an  
den Verlag Nagold.

Telegraphische Adressen:  
Gesellschaft Nagold  
Postfachkonto  
Stuttgart 5115.

Nr. 127

Freitag den 4. Juni 1920

94. Jahrgang

## Die Politik des Gruselns.

Von Dr. F. Jena.

ABC. Die Gerichte, die heute mit finstern Klauen durch die deutsche Öffentlichkeit umlaufen und von Buschen und Klüften der Gesellschaft, von bevorstehenden unheimlichen Verbrechen wissen wollen, gemahnen an das Wort eines der Führer der nordrussischen Bolschewiken, es sei Pflicht eines jeden Parteimitglieds dieser Partei, in unruhigen Zeiten alle aufzudeckenden Verbrechen aufzudecken und ihnen in höchster Redlichkeit zu weichen. Es gäbe kein besseres Mittel das Bürgerium einzuschüchtern und in Angst gefangen zu halten, als Schauerreden in Umlauf zu setzen und in Umlauf zu erhalten.

Es ist eine ganz bewusste Taktik des Gruselns, die ihr Ziel darin sieht, eine von allgemeiner Unsicherheit geschwängerte Atmosphäre zu schaffen. Von allen Seiten läßt man Gerichte von nahendem Unheil in die Welt kattern, die sich zu widersprechen scheinen müßen, aber trotzdem sich in ihrer Gesamtwirkung — der Schaffung lähmender Angst — verstärken. Busch von rechts, — Busch von links — zuletzt weiß niemand mehr, wohin er das machsame Auge zu wenden hat. Dabei werden die Führer tatsächlicher Schleichwege der Unruhe verpirrt und verwickelt in dem quälenden Strudel der ausgeprägten Gerichte. In dieser Verfassung ist die Gesellschaft am ehesten reif zur Ueberwindung; es ist die beste Vorbereitung des Nährbodens bolschewistischer Handreich.

In Rußland ist diese Taktik vorzüglich ausgeübt worden. Man wandte sie mit allen erdenklichen Mitteln an; mit den modernen der Zeitungsente, der Funkprühlüge und Volksversammlungen so gut wie mit den altväterlichen des Hintertreppensitzes und des Barakallens (Wartgeschick). Erziehungsmäßig bringt man dadurch die Gemüter bereit in Bewirzung, daß die unheimlichsten Nachrichten glaubend finden und die besten Männer Juddes und Gefolgenschaft finden. Dann blüht der Weizen der Demagogie, der Volkserläuter.

In dem also erzeugten Fieber quälender Ungewißheit besteht ein wesentlicher Teil der Schreckensherrschaft. Die also hervorgebrachte latente Verunsicherung ist die Ergänzung des akuten Grauens, das von den offen verübten blutigen Greueln ausgeht. Eines ergänzt das andere; beide gehören untrennlich zusammen. Die öffentliche Meinung soll außer Fassung gebracht werden. Keiner soll mehr aus u. ein wissen, keiner dem anderen mehr trauen in der Hitze von Wüstentritten und Unsicherheit, die über die Köpfe der hilflosen Zeitgenossen geschwehelt wird. Und die gesunde Urteilskraft wird erstickt in der einflussenden allgemeinen Resignation.

In diesem widerstandswidrigen Meinungsgewirr läßt man dann die insicherm aufgeweckten wilden Begierden der Völkerverwirrung spielen. Das war das planmäßige Vorgehen des Bolschewismus in Rußland. Bevor der Novembersturm gegen das System Kerenski losging, hatte man dieses System in der Öffentlichkeit der Gerichte einlegen lassen. Und die gleiche Taktik wird heute seitens der Moskauer Weltumsturzzentrale bei der Agitation im Ausland angewandt. Während einerseits die arglistigsten Instinkte der Massen aufgereizt werden, wird zugleich ein solches verwirrendes Sperrfeuer gegen die vernünftige Kritik losgelassen. Man sucht jede richtige Erkenntnis der Sachlage zu verdunkeln, die Meinungen durch umherschwärmende Gerüchtere zu leiten. Je unsinniger, desto besser. Etwas bleibt immer hängen — heißt es auch bei diesen Vorgehen, in dem sich die Verunsicherung der Völker erlangen soll. Denn nicht darauf kommt es an, eine bestimmte falsche Meinung zu verbreiten, sondern darauf, daß überhaupt jede Meinungsbildung anstehe, jede Ueberzeugung irre werde.

Dabei der dicke Schleier, mit dem der Bolschewismus sich zu umgeben versteht. Wer bringt heute noch im Westen eine gefestigte Ansicht über den Bolschewismus auf? Man vermutet, man munkelt, man schwärmt und — man hofft. In Deutschland sind von solchen unklaren Hoffnungen sogar gutbürgerliche Kreise erfaßt. Die sachverständigen Angaben werden in jedem einzelnen unbewußt durch geschickt in Umlauf gesetzte läugnerische Gegenmeinungen demant und widerlegt? — Nein, denn zu widerlegen ist auch die raffinierte bolschewistische Propaganda die Tatsachen nicht umstände; aber sie werden gemindert, durch Zweifel angezogen, durch freche Widersprüche, zu deren Lösung es dem Laien an Kenntnissen gebricht, erklärt.

In diesen Gerichten schleicht die Macht des latenten Terrors um. Und die Furchung der öffentlichen Meinung ist in Westeuropa schon sehr weit vorgekommen. Man habe acht darauf!

### Das große Rätselraten.

Je mehr der Wahlkampf sich seinem Ende nähert, desto lebhafter wird das große Rätselraten, wie sich das Ergebnis schließlich gestalten wird. Die rein zahlenmäßigen Schätzungen sind schon dadurch erschwert, daß der neue Reichstag keine umgrenzte Mandatsziffer aufweist, seine Größe wird vielmehr aus der Zahl der abgegebenen Stimmen errechnet, so daß auf je 60000 Stimmen ein Sitz entfällt. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung sind im ganzen reichlich

30 1/2 Millionen Stimmen abgegeben worden. Da fällt diesmal Polen weg, das wie an die Polen haben abtreten müssen. Ebenso wird in Oberschlesien von der Entente die Wahl widerrechtlich verhindert. Legt man diese Zahlen zugrunde, so würde man auf etwa 475 Abgeordnete kommen. Kompliziert wird die Lage noch dadurch, daß Schleswig-Holstein und Ostpreußen später wählen werden, daß also hier die Mandate zur Nationalversammlung zunächst weiter zu recht bestehen. Infolge dessen gehen die Sozialdemokraten mit einem sicheren Bestand von 13 Mandaten in den Wahlkampf, die Demokraten mit 8, während hier auf die Deutschnationalen nur 3, auf die Deutsche Volkspartei 2 und auf das Zentrum 1 Sitz entfallen.

Dies wird erst die Nachwahl, die für Schleswig-Holstein im Herbst zu erwarten ist, das Bild vervollständigen. Daß sie, obwohl die Mehrheitsparteien dadurch wesentlich begünstigt werden, von einschneidender Bedeutung sind, glauben wir nicht. Die Entscheidung wird bereits am 6. Juni fallen. Die Mehrheitsparteien verfügen jetzt über mehr als 300 von den 420 Sitzen, haben also fast eine Dreiviertelmehrheit. Der Rest aus der Mitte, mit dem allgemein gerechnet wird, wird daher sehr stark sein müssen, um diese Mehrheit in eine Minderheit zu verwandeln. Daß Sozialdemokraten und Demokraten einen Teil ihrer Sitze verlieren werden, damit rechnen sie wohl selbst, äußern sich aber gleichzeitig noch außen hin so optimistisch, daß sie an eine erhebliche Einbuße nicht zu glauben scheinen.

## Die Organisation neuer antibolschewistischer Armeen auf dem Balkan.

ABC. Aus Budapest wird uns berichtet:

Das christlich nationale Blatt Szózat veröffentlicht interessante Mitteilungen über die Organisation antibolschewistischer russischer Armeen auf dem Balkan. Nach diesen Mitteilungen soll die Aufstellung zweier Armeen in Bulgarien geplant sein und zwar mit Unterstützung der Franzosen, die auf der Spontaneität der Alliierten die offizielle Unterstützung dieser Armeen in einem Feldzuge gegen Sowjetrußland empfehlen werden u. ihnen auch schwere Artillerie und Munition zur Verfügung stellen sollen. Die Verhandlungen mit der französischen Regierung werden in Paris durch Sawintow geführt. Die beiden Armeen, deren Organisator General Rojcos sein soll, werden aus russischen Flüchtlingen bestehen, die sich aus ganz Serbien, Bulgarien, Rumänien u. der Türkei angehäuft haben. Die Bewegung angeschlossen. Auch serbische, albanische und bosnische Freiwillige werden aufgenommen. Die rumänische Regierung hat die Unterstützung durch Panzerwagen, Automobile und Munition zugesagt, hat aber für die aktive Teilnahme rumänischer Truppenteile drei Bedingungen gestellt, die kaum erfüllt werden können. Diese drei Bedingungen sind: die vollständige Ueberlassung Besarabiens an Rumänien, die Erteilung des Mandats über die Ukraine an Rumänien u. schließlich die Erklärung Obdass zu einem freien Hafen, den Polen, die Ukraine und Rumänien mit gleichen Rechten benützen können. Die beiden antibolschewistischen Armeen sollen in Nikolop organisiert werden und die erste Armee soll dann unter Führung des Generals Glafanoff von der rumänischen Grenze aus gegen die roten Truppen angeführt werden, wogegen die zweite Armee erst nach Galizien transportiert werde, sich dort im Raum von Brody sammeln u. konzentriert mit der polnischen Armee gegen die Russen vorgehen soll. Diese zweite Armee soll durch den General Ruzarow oder durch den Obersten Rodzjanos kommandiert werden und noch durch galizische und ungarische Freiwillige sowie durch die sich in Deutschland befindlichen russischen Flüchtlinge ergänzt werden. Die bulgarischen und serbischen Regierungen unterstützen die Bewegung, die nicht russisch reaktionär, sondern nur antibolschewistisch ist u. neben der Wiederherstellung der Bolschewisten die Errichtung eines neuen parlamentarischen Systems in Rußland bezwecken soll.

### Die deutsch-österreichische Anschlussbewegung.

Salzburg, 3. Juni. Der Kapitan der französischen Mission, L'Epine, der vor einigen Tagen sich beim Landeshaupmann in Salzburg über die Anschlussbewegung informierte, hat mit dem Vorsitzenden der Deutsch-Freiheitlichen Partei, Professor Karl Wagner, über die Gründe für die Anschlussbewegung gesprochen. Wagner erklärte ihm zunächst, es gebe keine österreichische Nation neben der deutschen. Die Deutschen in Oesterreich, sagte er, sind Brüder der Deutschen im Reich. Sodann legte Professor Wagner auch die wirtschaftlichen Gründe für den Anschluss dar. Die von L'Epine befürwortete Donau-Föderation erklärte Wagner schon wegen des Falles der nichtdeutschen Nationen gegen alles Deutsche für unmöglich. L'Epine gab sodann zu bedenken, daß ein Aufgehen der Süddeutschen im Deutschen Reich nicht zu wünschen sei, weil dadurch die Eigenart der Süddeutschen bedroht würde. Darauf erwiderte ihm Wagner: Es kann uns gar nichts schaden, wenn wir etwas von dem strengen norddeutschen Geist zu spüren bekommen! Schließlich kam L'Epine auf Bayern zu sprechen und sang ein Lied auf den Kronprinzen Rupprecht, dessen Charaktereigenschaften und außerordentlichen Anhang er hervor-

hob. Er ließ durchblicken, daß auch Frankreich nichts dagegen haben würde, wenn sich Oesterreich an ein unter der Herrschaft Rupprechts stehendes Bayern anschleße. Darauf betonte Wagner die unbedingt republikanische Bestimmung seiner Parteigenossen. Zum Schluß erklärte L'Epine, die Entente sei bereit, den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu bewilligen, wenn der Beweis erbracht werde, daß Oesterreich allein nicht leben könne.

### Aus dem bayerischen Landtag.

München, 3. Juni. In der heutigen Landtagssitzung kam das Beamtensoldengesetz zur Annahme. — Entsprechend dem Regierungsentwurf nahm das Haus zu dem Gesetz über die Vereinigung Coburgs mit Bayern einen Zusatz an, der dem Freistaat Coburg das Recht einräumt, an Stelle der abzuordnenden Mitglieder drei Abgeordnete durch unmittelbare Wahl in den bayerischen Landtag zu entsenden.

### Generalstreik im dänischen Schleswig?

Berlin, 3. Juni. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Flensburg meldet, wurde gestern Abend in einer Versammlung der Vertreter der ersten Zone beschlossen, heute in den Generalstreik einzutreten, da die Arbeitgeber sich weigern, den geforderten Stundenlohn von zwei Kronen zu bewilligen.

### Die englischen Streitkräfte im östlichen Abstimmungsgebiet.

Amsterdam, 2. Juni. Im englischen Unterhaus teilte ein Vertreter des Kriegsamt mit, in Polen befänden sich keine englischen Truppen, dagegen ständen im Allensteiner Abstimmungsgebiet und in Danzig ein Bataillon, zusammen 1500 Mann. Man hoffe, daß das Allensteiner Bataillon bald nach Abhaltung der Abstimmung am 15. Juli zurückgezogen werden könne. Dagegen sei es gegenwärtig nicht möglich zu sagen, wann das Besatzungs-Bataillon in Danzig nach England zurückkehren werde. — Ein Vertreter des Schatzamt teilte in Erwiderung einer Anfrage mit, daß für den Unterhalt der Besatzungstruppen in Deutschland deutsche Lieferungen im Werte von ungefähr 24 Millionen Pfund Sterling erfolgten. Die englischen Erhaltungskosten betrugen Ende Mai 1920 etwa 45 Millionen Pfund Sterling, wozu für den Rest des Finanzjahres 1920/21 schätzungsweise 2 750 000 Pfund Sterling kommen würden.

### Verständigung im Krankenhausesstreik.

Berlin, 2. Juni. Die Einigungsverhandlungen zwischen den Ärzten und Krankenschwestern im Reichsarbeitsministerium haben in der Frage des Arbeitsstems zu einer Verständigung geführt, die eine wesentliche Annäherung an die Durchführung der freien Arztwahl bedeutet. Ueber die Frage der ärztlichen Vergütung mußte mangels einer Einigung der Parteien ein Schiedsgericht der Unparteiischen bestellt werden. Dieser liegt bei Bezahlung der einzelnen Leistungen eine Verdoppelung der bisherigen Sätze vor, die auch der Genehmigung der Bauhaushaltsverwaltung zugrunde gelegt werden solle. Ueber die Annahme des Schiedsgerichts haben sich die Parteien bis 15. Juni 1920 zu erklären.

### Der Rücktritt des amerikanischen Vertreters bei der Rheinlandkommission.

Mainz, 2. Juni. Wie das hiesige „Echo an Rhein“ mitteilt, ist der Rücktritt des amerikanischen Vertreters bei der Rheinlandkommission, Ropes, auf Veranlassung der Washingtoner Regierung und zwar wegen der Unmöglichkeit einer unverzüglichen Ratifizierung des Verlaßter Vertrags erfolgt. Ropes legte mit den Mitgliedern der amerikanischen Section der Rheinlandkommission nach Amerika zurück, während der Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte in Rheinland, General Allen, eine Reorganisation des Stabes vorbereitet, um die Zusammenarbeit der amerikanischen Zone mit der Rheinlandkommission zu sichern.

### Erzberger und der Vatikan.

München, 3. Juni. Von Zentrumskreisen ist bisher immer noch mit der Meinung operiert worden, Erzberger rede beim Vatikan in so hoher und unerschütterlicher Kunst, daß man sich auch deshalb scheuen müsse, mit ihm zu brechen. Es ist aber Tatsache, daß Erzberger seit dem Jahr 1917 schon beim Vatikan erledigt war. Nichtsdestoweniger hat er immer noch mit der Kunst des Vatikan gepöhlert und vom Münchener Kurier als seinen Freund Bocelli gesprochen. Dieser aber hat ihn bei seinen Berliner Verhandlungen mit der Reichsregierung wegen Schaffung der Berliner Kuraturschnitt geschnitten. Dieser gehört auch ein abenteuerlicher Plan Erzbergers, das Fürstentum Vöckstein zum Kirchenstaat zu machen und so den Papst von Rom fort und unter seinen Einfluß zu bringen; daß eine solche Absicht von dem Bischof geschäftigen erwogen wurde, wird uns bestätigt, ebenso aber daß er damit abgeblüht ist. Die wegwerfende Neuerung des Kardinals Biffel von Wien, der ganze Plan sei „eine echte Erzbergererei“, ist wörtlich so gefallen.

### Ren-Palästina.

Rotterdam, 2. Juni. Einer Londoner Meldung zufolge hat die jüdische Organisation beschlossen, 25 Millionen Pfund Sterling aufzubringen, um die organisatorische Arbeit in Palästina in Angriff nehmen zu können.

S!  
abtag?  
Stim-  
Die  
immen-  
estarp  
2576  
ler  
2538  
ung.  
gugetreiten.  
es.  
ent werden.  
r Gabel.  
old.  
und wollen.  
11 Uhr in  
Annahme  
Vorstand.  
g.  
ng er-  
kenntnis  
2570  
Freund-  
Beil  
Bauer  
dt.





# Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 4. Juni 1920.

Den Charakter als Oberleutnant mit einem Dienstalter von 9. 4. 20 und die Aussicht auf Anstellung im Zivildienst erhält u. a. Frhr. v. Güttingen, Paul.

**Sitzung des Gemeinderats.** In der vorgestrigen Sitzung wurde der Nachfolger des verstorbenen Gemeinderats und Abgeordneten Stefan Schaidle, Herr Spinnermeister Reizler, neu eingeführt. Herr Stadtschultheiß Mater begrüßte das neue Mitglied im Namen der Stadtverwaltung und wünschte ihm Glück zu seinem Amt, worauf die eidliche Verpflichtung erfolgte. Darauf trat man in die Debatte des wichtigsten Punktes der Tagesordnung, nämlich des Kaufs des Röhlegasthofes durch die Stadt, ein, der zu 270 000 M. genehmigt wurde. Uebergabe 1. Okt. 1920. So sehr der Eingang dieses wohlbekannten Gasthofs bedauert wird, so ist nach Lage der Verhältnisse zunächst dagegen nichts zu machen. Was nach Ueberwindung der Wohnungsnotwendigkeiten zu geschehen hat, bleibt eine offene Frage. Es handelt sich nun um die Frage der baulichen Veränderungen, die vorgenommen werden sollen, um das Haus wohnfähig für Familien zu machen. Herr Stadtschultheiß Mater gab an Hand des ihm vorliegenden Materials genaue Erläuterungen über die Vorgeschichte des Kaufes und die einzelnen Punkte und Bedingungen des Vertrags, worauf der Vertreter des Stadtbauamtes, Herr Bauwerkmeister Feucht, einen provisorischen Plan des Umbaus an Hand von Zeichnungen vortrug. Der Vorschlag geht im großen und ganzen dahin, daß alles belassen werden soll, wie es ist, abgesehen von dem Einbau von zwei Treppenhäusern und dem Ausreißen der alten Rampe. Die Räume selbst sollen so gegliedert werden, daß auf je ein Stockwerk zwei Wohnungen zu 5 bzw. 3 Zimmern fallen und im Dachstock 2 Zimmerwohnungen eingebaut werden. Zu dem noch nicht feststehenden Einbaukosten sind 30 Prozent staatliche Baukostenzuschüsse zu erwarten. Gegen das Projekt in der vorliegenden Form erhebt sich jedoch lebhafter Widerspruch von Seiten der Mehrzahl der Gemeinderatsmitglieder, die Forderung einzelner Stockwerke in kleinere Wohnungen fordern, was der Sachverständige für unmöglich und technisch für schwer durchführbar erklärt. Die Sache wird schließlich zurückgestellt und das Gebäude zunächst einmal befristet. Bis zur nächsten Sitzung soll eine einfache aber praktische Lösung der Aufstellung der Wohnräume mit angelegtem Kostenanschlag gesucht werden. Aus dem Verlauf der Sitzung ist dann noch folgendes zu erwähnen: Karasell- und Schaubudenbesitzer sollen wegen der herrschenden Tierseuchengefahr vorläufig nicht zugelassen werden. — Einem Wünsche der Anwohner und Nichtzeitungsleiter entsprechend soll die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen dahin geregelt werden, daß dieselben außer im „Kesselfacher“ oder durch die Ortsblöcke auch noch durch Anschlag am Rathaus zur Kenntnis gebracht werden. — Der Ortsvorsteher gibt Mitteilung von einem Einbruch in die Wasserleitungsanlage bei der Waldluft, wobei kupfernes Wasserleitungsmaterial verwendet wurde. Nähere Untersuchung des Falles wird beschlossen. — Die Schießgebäude auf dem Friedhof bei Kriegerehrdungen wird von 7 M. auf 12 M. erhöht, ebenso erlassen die Feuerwehrgelände eine bedeutende Erhöhung. — Die oberamtliche Bestätigung der Wahl der Herren Stadtschultheiß Mater und Möbelabrikant Schnepf zum Kommandanten bzw. Vizekommandanten der freiwilligen Feuerwehr wird bekanntgegeben. — Der staatliche Einbau im Oberamtgebäude — Kosten 62 000 M. — wird widerstandslos genehmigt. An Baukostenzuschuß leistet Reich und Stadt 15 000 M. — Betreffs der Regelung der Löhne im Juteerzeugnisse soll bis zum Erscheinen des neuen allgem. Tarifsgesetzes abgewartet werden. — Von besonderem Interesse für die Landwirtschaft treibende Bevölkerung dürfte die neueste ministerielle Verfügung sein, von der Herr Stadtschultheiß Mater Kenntnis gab, nämlich, daß in diesem Jahre Geometer kommen werden, die eine genaue Ausmessung der Grundstücke vornehmen sollen, um eine Vereinfachung des Anbauvertrages für Getreide etc. ermöglicht zu machen. Die Wirkungen dieser am grünen Tisch erlassenen Verordnung bleiben abzuwarten. — Schluß der öffentlichen Sitzung 1/2 7 Uhr.

**Vortrag von der Heyden.** Am Sonntag nachmittags 4 Uhr wird Hofschauspieler v. d. Heyden im Festsaal des Seminars einen Rezitationsvortrag halten und dabei Ernstes und Feiters, Klassisches u. a. zu Gehör bringen. Er ist von der Schwab. Volkshöhle her als Vertreter der humoristischen Rollen, als Bachmeister bei Lessing, als Hofmarschall Raib bei Schiller, als Malacolla bei Schaferspeate noch allgemein in bester Erinnerung. (Näheres i. Inserat morgen.)

**Fronleichnamfest.** Das höchste Fest der katholischen Christenheit Fronleichnam wurde gestern gefeiert. In der hies. katholischen Stadtkirche fand ein feierliches Hochamt statt, an welchem sich die Prozession mit dem Sacramentum schloß. Der Gottesdienst endete mit Lektüre und sakramentalen Segen. Nachmittags war Andacht. Die Kirche, besonders die Altäre waren überaus reich mit Wirten und Blumen geschmückt worden. Aus allen Teilen der großen Diasporagemeinde waren die Katholiken herbeigekommen um im offenen Bekenntnis ihres Glaubens ihre alte Treue an dieses Hochfestes Bedeutung kund zu tun.

**Württembergischer Bauernbund.** In den letzten Tagen wurden in den Dörfern im Oberamt Ragold Wahlversammlungen vom Württembergischen Bauern- und Weinbauernbund abgehalten. Verständnis für unsere wirtschaftliche Lage, insbesondere für die des Bauernstandes, wurde von seinen Vertretern allenthalben entgegengebracht. Soweit der Redner, Herr dipl. Landwirt Laube von München-Stuttgart, Licht- und Schatten, sind seine Ausführungen über die Frage der Zwangsversteigerung und Aufhebung derselben auf fruchtbaren Boden gefallen. Es ist anzunehmen, daß der Bauernstand zur Einsicht gelangt ist, daß nur einmütiges und geschlossenes Vorgehen seinerseits ihn heben und fördern und von den Fesseln, die ihn noch immer angelegt sind, befreien kann. Die durchweg gut besuchten Versammlungen gaben Zeugnis von dem Interesse gegenüber den von dem Redner behandelten Fragen und der Beifall zeigte, daß der Bauer seinen Dank durch richtige Wahl in seinem Stande für die Arbeit und Mühe des Bauernbundes gefunden will. Die Wahlversammlungen fanden statt in Hatterbach, Bödingen, Waldhof, Altensteig, Dört sowie Ueberberg. Herr Bezirksvorsteher und Kandidat des Bauernbundes Dürr von

Sulz begleitete den Redner und unterstützte ihn in seinen Ausführungen.

**Wahlheine für gebrechliche Wähler.** Die Zulässigkeit der Ausstellung von Wahlheinen zur Reichstags- und Landtagswahl auch an Wähler, die infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in ihrer Bewegungsfähigkeit behindert sind, hat vielfach zu der Auffassung geführt, daß solche Wähler nun vielmehr als ausgestellten Wahlheine ihr Wahlrecht auch durch einen Vertreter ausüben können. Diese Auffassung ist irrig. Nach ausdrücklicher Vorschrift sowohl des Reichstagswahlgesetzes als des Landtagswahlgesetzes kann vielmehr das Wahlrecht nur durch persönliche Abgabe eines Stimmzettels in einem Wahlraum ausgeübt werden und können Personen, die sich nicht selbst in einen Wahlraum begeben, sich weder vertreten lassen noch sonst an der Wahl teilnehmen. Die Ausstellung eines Wahlzettels an Personen, die infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in ihrer Bewegungsfähigkeit behindert sind, soll diesen nur die Möglichkeit geben, in jedem beliebigen, ihnen leicht erreichbaren Wahlraum abzustimmen, also insbesondere in dem Fall Abhilfe schaffen, wenn diese Personen den Wahlraum, den sie nach der Eintragung in die Wählerliste zugewiesen waren, nur unter für sie beschwerlichen Verhältnissen erreichen könnten. Im Wahlraum selbst dürfen Wähler, die durch körperliche Gebrechens daran behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in die Wahlumschläge zu legen und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen. Die Ausübung des Wahlrechts durch einen Vertreter ist aber, wie gesagt, ausgeschlossen.

**Vorkehr beim Kirchengehen.** In der Kirchzeit sind die Kinder darauf aufmerksam zu machen, wie gefährlich das Schneiden der Steine und der Genuss von Wasser nach dem Essen von Kirchengängen ist. Mühselig fordern die Unachtsamkeit einige Opfer. Durch das Schneiden der Steine wird zum mindesten die Verdauung erschwert, es führt aber auch vielfach zu Komplikationen im Darm. Immer von bösen Folgen begleitet ist aber der Genuss von Wasser unmittelbar vor oder nach dem Kirchgehen. Es ist ratsam, Kindern zu Kirchengängen ein Stückchen Brot zu geben. Beides zusammen ist schmackhafter, verdaulicher, bestmöglicher und läßt weniger Durstgefühl aufkommen, als wenn man die Kirchen allein besucht.

**15. Staatslotterie.** 5. Klasse, 18. Jahrgang. Auf Württemberg gefallene Gewinne. 10 000 M. auf Nr. 136 636; 3 000 M. auf Nr. 16 808, 178 065, 178 068, 178 574, 168 761, 29 335; 1 000 M. auf Nr. 30 744, 178 302; 500 M. auf Nr. 6 338, 175 088, 176 411, 168 441, 192 797, 91 244, 925 203. Weiterhin 170 Gewinne zu 200 M. (Ohne Gewähr). 18. Jahrgang. Auf Württemberg gefallene Gewinne. 3 000 M. auf Nr. 188 077, 183 848, 290 248; 1 000 M. auf Nr. 3 818, 47 481, 173 931, 177 880, 177 636, 184 371, 230 372; 500 M. auf Nr. 17 81, 183 991, 202 824. Weiterhin 196 Gewinne zu 200 M. (Ohne Gewähr).

**Altensteig.** Auf die vorgeschlagenen von Seiten der Stadtgemeinde im Wege des mündlichen Aufstreichs angebotene ca. 950 Festmeter Stannholz wurden Höchstgebote von 125—236 M., im Durchschnitt 200 M., der Forsttage abgegeben. Der Verkauf fand jedoch nicht die Genehmigung des Gemeinderats und es wurde beschlossen, die Stammholzmenge zu einer späteren Abgabe zurückzustellen.

**Wildberg, 2. Juni.** Durch die Wahlen lassen sich hier die Gemüter nicht all zu sehr erregen, denn die Versammlungen sind nur sehr schwach besucht. Allerdings die Sonntagsvorlesungen, die von der Wehrheits- u. Unabhängigen Sozialdemokratie einberufen waren, erfreuten sich eines stärkeren Besuchs. Die festliche Arbeitszeit ließ aber unter der Woche die Leute nicht zu den Versammlungen der Deutschen Volkspartei u. der Deutschen demokratischen Partei kommen. Für erstere sprach am Dienstag Herr Gewerbelehrer Aldinger-Calm und für letztere Herr Verwaltungssachbearbeiter Staudenmayer-Calm, der schon 14 Jahre lang im würt. Landtag tätig ist. Wir wollen hoffen, daß trotz der Zeitnahmslosigkeit an den Wahlversammlungen jeder Wähler und jede Wählerin weiß was für eine große Bedeutung diese Wahlen diesmal haben und deshalb auch alle ihrer Wahlpflicht genügen. Jede jede zur Wahlurne mit dem Gedanken: Des Vaterlandes Wohl steht über den Parteien.

**Engel-Cajkshörle, 1. Juni.** In vergangener Nacht wurden einem Schleichhändler durch die Umstich des Landjägers Janke 3 Zentner Fleisch beschlagnahmt, das für Wildbacher Hotel bestimmt war. Durch Verfügung des Kommandanten Ragold kommt das Fleisch in der Gemeinde zur Verteilung.

## Aus dem übrigen Württemberg.

**Calw, 3. Juni.** Der Staatsbeamtenbund des Bezirkes Calw hielt gestern eine gut besuchte Versammlung im Saale der Brauerei Dreiß. Der Vorsitzende, Oberamtmann Gös, erinnerte in seiner Begrüßungsrede daran, daß, wenn im November 1918 der Zusammenbruch kein vollständiger geworden ist, dies einzig und allein dem pflichtgetreuen deutschen Beamtenstand zu verdanken war. Allerdings hätte man erwarten dürfen, daß diese Tatsache etwas mehr gewürdigt worden wäre. Der früher gewohnte Schutz von oben hätte sehr nachgelassen und heutzutage stehe der Beamtenstand vor der traurigen Tatsache, sich besser organisieren und kämpfen zu müssen, um nicht ins Proletariat herabgedrückt zu werden. Unser ganzes Volk hätte schon wegen der damit verbundenen Korruption reges Interesse daran, daß dies sich nicht verwirkliche. Er gab dann einen Bericht über die seit herige Tätigkeit, welcher beifällig aufgenommen wurde. Hierauf wurde ein Bericht über die Stuttgarter Tagung der Beamtenbünde erstattet. — Wie schon früher berichtet, haben die Beamtenbünde des Kreiswahlbezirkes Calw, Ragold, Neuenbürg, zur Klärung ihrer Angelegenheiten, welche mit Angehörigen 3 000 Wähler repräsentieren, an die Kandidaten der verschiedenen Parteien 5 Fragen gerichtet. Die Antworten hierauf wurden verlesen. Voll befriedigt haben die Antworten der Bürgerpartei, der deutschen Volkspartei, der demokratischen Partei, des Zentrums und der Sozialdemokratie. Nicht berichtet hat die Antwort der U.S.P., während die kommunistische Partei gar keine Antwort gab. Eine längere Aussprache ergab die Tatsache, daß der Kandidat des Bundes der Landwirte, Dingler, auf die Fragen wegen einer gerechteren Handhabung der Steuererhebung und wegen Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums gar keine Antwort gab, obwohl nicht nur die Beamten, sondern alle Festbesoldeten und Pensionäre gerade hierauf einen sehr großen Wert legen. Nach einer

regen Aussprache über andere Beamtensfragen schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

**Nordstetten O.A. Nord, 2. Juni.** Der 19 Jahre alte Ernst Simon Reiser verübte durch Schießen Selbstmord. Was den braven, fleißigen Mann zu dieser Tat veranlaßt hat, weiß man nicht.

**Stuttgart, 2. Juni.** Wie wir hören, hat der neue Intendant des Würt. Landestheaters K. Rehm am 1. Juni sein Amt hier angetreten.

**Stuttgart, 2. Juni.** Die Zufahrt von Rirschen auf den heutigen Großmarkt war reichlich. Durchschnittlich wurden 1.20 M für das Pfund bezahlt. Im Kleinhandel herrschten die Preise aber wieder bis zu 2 M hinauf. Die Nachfrage von Rirschen nach Bayern ist wieder freigegeben. Bestellungen wurden auf dem Großmarkt von 2.20 M ab angeboten.

**Vom Hinterland, 2. Juni.** Die Heuernte, die schon einige Tage begonnen, ist lebhaft im Gange. Die Meereste ist bereits vorüber und schließt sich die der Weizen unmittelbar an. Was Qualität und Quantität anbetrifft, so kann jetzt schon festgestellt werden, daß mit einem überreichen Ergebnis gerechnet werden kann.

**Heidenheim, 3. Juni.** Ein zweiter Versuch der Bürgerpartei, in einer neuen Versammlung mit anderen Referenten ihren Standpunkt darzulegen, ist wieder gescheitert und die Versammlung durch Kommunisten gesprengt worden. Hoffentlich hat die Sache ein gerichtliches Schicksal.

**Heilbronn, 2. Juni.** Vor dem hiesigen Schwurgericht stand der 24 Jahre alte ledige Wagner Gustav Straßmayer von Waldenweiler O.A. Sachanlag. der im November d. J. seinen eigenen Vater, den Händler Hermann Straßmayer, ermordet und beraubt hatte. Sohn und Vater lebten zwar lange im Unfrieden. Der Junge wollte den Alten aus der Wohnung vertreiben, um heiraten zu können. Zuletzt kaufte er das Haus, in dem der Vater wohnte und stellte dessen Verbleib ein auf dem Stall. Am 16. November lauerte er vier Stunden lang auf den Vater, angeblich um sich mit ihm über eine gerichtliche Klage in der Wohnungsfrage auseinander zu setzen. Er warf dann den alten Mann mit seinem künstlichen Fuß zu Boden und schlug mit der Radspitze so lange auf ihn ein, bis er sich nicht mehr regte. Die Geschworenen vernahmten die Frage nach Mord und bejahten diese nach Zuschlag. Der Unmensch wurde zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

## Letzte Nachrichten.

### Ein amerikanischer Wahlskandal.

Berlin, 4. Juni. Wie der N. Y. A. meldet, wird in New York ein Skandal im Zusammenhang mit der Präsidentschaftskandidatur des amerikanischen Generals Wood erwartet, weil der General für seine Wahlkampagne angeblich einen Betrag von einer halben Million Dollar angenommen hat, was als eine Bestechung betrachtet wird.

### Amerikanische Protestbewegung gegen den schwarzen Schrecken.

Berlin, 4. Juni. In vielen amerikanischen Städten erfolgten infolge der Bewegung gegen die Verwendung schwarzer Truppen in besetzten deutschen Gebiet Massenproteste. Die Erbitterung über die schwarze Schmach ist, wie verschiedenen Morgenblättern gemeldet wird, auf höchste in deutsch-amerikanischen und katholischen Kreise gestiegen.

### Die Ablieferung unserer Zeppeline.

Paris, 3. Juni. Aus London wird telegraphiert, daß der erste deutsche Lieberzeppelin L. 71, welcher gemäß dem Friedensvertrag an England anzuliefern ist, in Fulham erwartet wird. Dieser Zeppelin soll eine normale Geschwindigkeit von 160 Km. in der Stunde haben. Der zweite Lieberzeppelin L. 72 wird nächsten von Deutschland ausgeliefert werden.

Berlin, 4. Juni. Aus Stuttgart wird dem Berliner „Lokal-Anzeiger“ berichtet, daß die Abgabe der nach dem Friedensvertrag an die Entente anzuliefernden Zeppeline zurückgeschickt, die in den nächsten Wochen überflüssig werden sollten, nach Friedrichshafen Meldungen auf Schwierigkeiten stößt. Die Arbeiter des Luftschiffbaus Zeppelin u. die Befehlung der Delegation, die das Freigemachen bzw. die Ueberführung der Luftschiffe übernehmen sollten, weigerten sich, dies zu tun, weil sie durch die Maßnahmen der Entente den deutschen Luftschiffbau und den Luftschiffbetrieb als bedroht ansehen. Sie machen ihre Mitwirkung bei der Ablieferung der Luftschiffe insbesondere davon abhängig, daß die beiden Verkehrsminister „Bodenfö“ und „Nordstern“ Deutschland verlassen und keine Förderung der Werftanlagen verlangt wird, welche den Bau von Luftschiffen auf längere Zeit lahmlegen würde.

### Ruhe im Bankgewerbe.

Berlin, 4. Juni. Die Annahme des Vermittlungsvorschlages im Bankverwerbe unterlag gestern Abend der Beurteilung einer von Tausenden von Angestellten-Versammlung, die stellenweise einen stürmischen Verlauf nahm. Es gelang schließlich der Ueberzeugung zum Siege zu verhelfen, daß nach der Lage der Dinge jetzt der Eintritt in den Streik zu einem Fiasko führen müßte.

### Fallen der Preise in Frankreich.

Berlin, 4. Juni. Der N. Y. A. berichtet aus Bern, daß die Preise aller Waren, vor allem die des Weins, in Südrankreich fallen, da Hoffnung auf eine außerordentliche Ernte besteht.

## Wohin sind wir geraten?

Noch nicht genug des Glends? Auch noch Rätediktatur und völliger Untergang?

Nein!

Nur eine Rettung:

**Bürgerlich wählen**

Nur die Wahlleistung demokratisch. D. R. I. G. S. B. I. Ragold. Druck und Verlag von E. W. Kallert'schen Buchverlag (West. S. 10) Ragold.





**Ämtliche Bekanntmachungen.**

**An die Herren Wahlvorsteher!**

Das Ergebnis der Reichs- und Landtagswahl ist noch am Wahltag telephonisch oder telegraphisch dem Ministerium des Innern mitzuteilen. Um eine solche Meldung an das Oberamt zu ermöglichen und zeitraubende Brieftragen zu ersparen, sind jedem Wahlvorsteher zwei Bordscheine zur Ausfüllung für die Anzeige durch den Fernsprecher auf Grund der Wahlzettel auszugeben. Der Telefondienst wird freigehalten werden; die Telefonstellen sind zu benachrichtigen.

Nach Schluß der Abstimmung sind zunächst die aus der Wahlurne genommenen Wahlumschläge für die Reichstagswahl und Landtagswahl von einander zu scheiden, getrennt zu legen und je unerschlossen zu zählen. Sodann sind die unerschlossenen Wahlumschläge für die Landtagswahl und die Wahlscheine für die Reichstagswahl in Papier einzuschlagen, das Paket ist zu verschließen und vom Wahlvorsteher in Verwahrung zu nehmen. Alsdann wird das Ergebnis für die Reichstagswahl unter Fertigung der Wahlzettel schriftlich festgestellt und dem Oberamt telephonisch berichtet.

Hierauf erfolgt die Eröffnung des Pakets mit den Landtagswahlumschlägen, die Fertigung der Wahlzettel und dann sofort anschließend die telef. Mitteilung an das Oberamt.

Die Herren Wahlvorsteher werden ersucht, ihr besonderes Augenmerk bei der Abstimmung darauf zu richten, daß zum Landtag nicht auch Personen wählen, die nach der Wahlliste nur zum Reichstag wählen dürfen oder die nur einen Wahlschein zum Reichstag vorweisen.

Jeder Wähler hat für beide Wahlen nur je 1 Stimme. Sind mehrere gleichlautende Stimmzettel in einem Umschlag, so werden sie nur einfach gezählt. Sind verschiedene Stimmzettel in einem Wahlumschlag, so sind alle ungültig.

Die Stimmzettel sind so, wie gedruckt, zu benutzen. Ungültig sind:

1. Stimmzettel, die nicht in einem amtlich gestempelten Umschlag oder die in einem mit einem anderen Kennzeichen versehenen Wahlumschlag abgegeben worden sind;
2. alle nicht amtlichen Stimmzettel;
3. Stimmzettel, die mit einem Kennzeichen versehen sind;
4. Stimmzettel, die ihrem ganzen Inhalt nach durchstrichen sind oder einen Vorbehalt oder eine Verwahrung in bezug auf ihren ganzen Inhalt enthalten;
5. Stimmzettel, die nicht im entspr. Umschlag abgegeben wurden.

Wiederholungen, Umstellungen und Streichungen von Namen auf amtl. Stimmzetteln, sowie Verfügungen weiterer Bewerber bleiben unbedeutend.

Die Wahlzettel für die Reichstagswahl ist mit den Anlagen (Stimmliste, Gegenliste, beauftragte Stimmzettel und Umschläge) unverzüglich an das Oberamt Nagold, die Wahlzettel für die Landtagswahl (nebst Anlagen) unverzüglich an den Vorsitzenden des Kreiswahlaußenbüros des 16. Landtagswahlkreises (Oberamtamt 68 in Calw) einzufenden. Der Fernschluß müssen die Uebermittlung in beiden Fällen durch besondere Boten erfolgen.

Die unbenutzten, sowie die benutzten, wiederverwendbaren Wahlumschläge (weißes und blaues, je getrennt) sind alsbald nach der Wahl — je 50 Stück zusammengebündelt — mit kurzem Bericht über deren Zahl dem Oberamt einzufenden. Ebenso sind die Verzeichnisse über die Wahllokale mit den Unterlagen alsbald vorzulegen.

Im übrigen wird auf den Min. Erl. v. 23. v. 1918. (St. A. Nr. 119) Bezug genommen. 2596 Nagold, den 3. Juni 1920. Oberamt: Münz.

**Viehweidenumlage für das Jahr 1920.**

Gemäß Verfügung des Ministeriums des Innern vom 29. Mai 1920 (Staatsanzeiger Nr. 125) wird hiermit unter Abänderung der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 11. Mai 1920 — Staatsanzeiger Nr. 110 — bestimmt, daß die Umlageverzeichnisse auf Grund der Ortslisten der am 1. März ds. Js. vorgenommenen Viehzählung bis zum 10. Juni ds. Js. anzulegen sind. 2597

Zu entrichten ist für das Jahr 1920 für jedes Pferd ein Beitrag von 50 J für jedes Stück Rindvieh sowie Kühe 5 M für Ferkel, Masttiere und Mastfelle sind Beiträge nicht zu erheben.

Die zur Vornahme der Umlage erforderlichen Bordscheine gehen den Gemeindebehörden, sobald sie hier eintreffen, mit der Post zu.

Im übrigen werden die Herren Ortsvorsteher auf die oben erwähnten Minist. Verfügungen besonders hingewiesen. Nagold, den 3. Juni 1920. Oberamt: Münz.

**Bekanntmachung.**

**Reichs- u. Landtagswahl am 6. Juni 1920.**

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die den Wählern ausgestellte Wahlpostkarte unbedingt zur Abstimmung mitzubringen ist.

Hinsichtlich Wahlbezirksteilung, Wahlraum sowie Tag und Stunde der Wahl wird wiederholt auf die am Rathaus angehängten Bekanntmachungen hingewiesen. 2595 Nagold, den 3. Juni 1920.

Stadt-Schultheißenamt: Maier.

Die Demokraten behaupten:

Wahlsieg der Rechten bringe Bürgerkrieg  
Demokratie führe zum Aufstieg! - - -

**Die Wahrheit ist aber:**

Wahlsieg der Rechten  
bringt Freiheit und Ordnung

Demokratie brachte  
Unglück und Not!

Drum wählet:

**Württ. Bürgerpartei.**

**Wähler und Wählerinnen!**

Wer hat Europa in ein Menschenjoch- u. Armenhaus verwandelt?

Die militaristische Monarchie!

Wer will diese wieder? Die bürgerlichen Parteien.

Deshalb wählt nur die Sozialdemokratie!

Stadtgemeinde Nagold.

**Das Steuerne-Geschäft**

der Stadtverwaltung wird am morgigen Samstag, mittags 11 Uhr auf der Stadtpflege-Kanzlei im Abstreich verankordnet. Akkordliebhaber sind eingeladen. 2601 Stadtpflege: Benz

**Fleisch-Zuteilung.**

Das diese Woche zur Verteilung kommende

**Konservenfleisch**

kann am Freitag Nachmittag und Samstag Vormittag bei den Metzgermeistern abgeholt werden. 2607 Nagold, 3. 6. 20.

Stadt. Nahrungsmittelamt.

**Verloren**

wurde am Klebneg beim Weiher ein grüner Schal. Im Rückgabe bitte 2606 Fran Oberförster Abbler.

Habe eine gute 2612

**Milch-Ziege**

mit einem Jungen zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

**Sonder-Angebot**

**in Cigarren**

Lagerbesuch lohnend.

Otto Steegmüller 2599 Nagold.

Einen neuen 2585

**Maßanzug**

verkauft billig.

Wer? sagt die Geschäftsstelle des Gesellschafters.

Nagold. 2600

**Enten**

9 junge 2600 verkauft 31ette.

Forstamt Wildberg.

**Jagd-Verpachtung.**

Montag, 7. Juni 8 Uhr vorm. auf der Forstamtkanzlei Verpachtung der Jagd im Staatsw. „Brennhalde“ auf 6 Jahre.

Nagold.

**Der Brandschadensbeitrag für 1920**

kann an uns. Rasttagen entrichtet werden. 2594 Stadtpflege: Benz

**la. Wagenplaien**

aus Leinensegeltuch in div. Größen offeriert. Offerten unter No. 2614 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Viehverkauf.**

Unterzeichneter verkauft nächsten Montag, den 7. d. M., mittags 1 Uhr eine überzählige gute 2602

**Ruß- u. Schaffelh.**

Jakob Helber, Schreinermeister, Haiterbach.

**Inserate für Samstag**

wollen sofort aufgegeben werden, wenn auf dem Erscheinen mit Sicherheit gerechnet wird.

Verlag des „Gesellschafter“.

**Widersprüche in der Ernährungsfrage.**

In dieser für unser ganzes Volk so überaus wichtigen Frage hat der Abgeordnete Vazille namens der konservativen Bürgerpartei und des Bauernbundes

1. am 9. März 1920 im Landtag den Antrag eingebracht (Beil. Nr. 336 der Landtagsdruckschriften), die Zwangsbewirtschaftung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für das Wirtschaftsjahr 1920 bedingungslos aufzuheben,
2. am 12. März 1920 folgende Anfrage (Beil. 344) an die Regierung gerichtet:

Ist das Staatsministerium bereit, über die Ernährungsfrage Auskunft zu geben? Welche Maßregeln gedenkt das Staatsministerium zu ergreifen, um der drohenden Hungersnot und den daraus sich ergebenden furchtbaren Gefahren zu begegnen.

Wie reimt sich das zusammen? Ist das noch eine offene, ehrliche Politik? Das Urteil über solch zwispältiges Verhalten überlassen wir ruhig den Wählern.





# An alle Wähler und Wählerinnen!

Mitten im politischen Sturm hat der Tod den Kapitän unseres Schiffes, unsern allverehrten St. Schaible über Bord gerissen. Jetzt muß die zurückgebliebene Mannschaft zeigen, daß sie nicht erschreckt, die Hände in den Schoß legt, sondern daß sie im Sinn ihres alten Führers kämpft. Darum auf, ihr seine Parteigenossen und sonstigen alten Freunde, denkt nicht an seine Person, sondern an seine Ziele und laßt die alte schwarz-weiß-rote Fahne lustig wehen, damit er eine Freude hat, wenn er auf Euch herabsieht. Nichts wäre verderblicher, als jetzt, eine falsche Müdigkeit, denn es naht die Entscheidung über unser Wohl und die Weh und die Umrisse unserer Zukunft werden deutlicher.

Es gilt den Kampf zwischen zwei Mächten. Das Stichwort heißt rechts oder links, Eigentum oder Armut, Freiheit oder Knechtschaft, nicht sozialistisch oder sozialistisches Bürgertum oder Kommunismus. Das ist der Kern des kommenden Kampfes, das spüren alle Parteien und Volksschichten. Zwei Parteien sind es, die wissen wo sie daran sind: die eine ist die Bürger- und Bauernpartei, die andere die Kommunisten. Ihr anderen Volksgenossen aber, die Ihr keiner dieser zwei Parteien angehört, Ihr müßt Euch entscheiden. **Mittelparteien sind im Entscheidungskampf ein Unfug!**

Die Demokratische Partei hat sich hergegeben zu einem Anhängsel des Sozialismus, dessen Ende und Konsequenz der Kommunismus ist. Der Kommunismus aber ist die Zerstörung der Kultur, des nationalen Sinns, des Privateigentums, der Religion, siehe den russ. Bolschewismus.

Auch den Anhängern der Demokratie dämmert diese Einsicht. Ihre Führer können sich aber nicht von den Vorteilen trennen, die ihnen das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie bietet. **Folgt diesen Führern nicht, Ihr die Ihr bis jetzt den Kern der demokr. Partei gebildet habt, Ihr Kaufleute, Handwerker, Gewerbetreibenden, diese Führer besorgen die Geschäfte des Sozialismus, des Lohndiebes des Mittelstands und des Handwerks. Folgt auch nicht der deutschen Volkspartei, auch sie lebt in dem Wahn, man könnte mit dem Sozialismus regieren. Und wo waren denn die schwankenden Gestalten der deutschen Volkspartei nach der Revolution?**

Von Euch Bauern wissen wir, daß Ihr selbst organisiert seid, zu streuen uns darüber. Ihr fühlt jetzt selbst Eure Kraft, wenn Ihr zusammenhaltet **habt Ihr morgen eine andere Regierung, andere Gesetze, andere Beamte und Ihr habt ein Recht dazu, denn Ihr seid die Majorität.** Zur Erreichung dieses Ziels bieten wir Euch die Hand, unterstützt uns, wie wir Euch unterstützen, die Bürger- und Bauernpartei muß der Rückgrat des künftigen Staates sein.

Auch Ihr Arbeiter spürt, daß es so nicht weitergeht, daß Euch der Sozialismus goldene Berge versprochen hat und daß Ihr getäuscht seid. Auch Ihr habt **genug an der Gleichmacherei, die den Erfahrenen, den Älteren, den Geschickteren und Fleißigeren den gleichen Lohn gibt wie den andern.** Auch Ihr schätzt **Ordnung, Disziplin und einen festen Staat, ohne den Ihr dauernd nicht arbeiten könnt.**

Endlich Ihr Beamten! Ist es recht, daß der Handarbeiter ebenso entlohnt ist, wie der geistige Arbeiter, den er doch notwendig braucht? Ist es recht, daß die höchsten Stellen, die Ihr sonst erreicht habt, jetzt von Nichtfachmännern besetzt sind, welche sich nicht scheuen, große Gehälter einzustechen, für eine Arbeit, die doch nur die alten Beamten leisten?

Ihr Alle, Bauern, Beamte, Handwerker, verliert, wenn Ihr mit dem Sozialismus und der von ihm beherrschten Regierungskoalition geht, Ihr gewinnt, wenn Ihr Euch zusammenschließt zu einer großen rechtsstehenden unterländischen Partei. Das Rückgrat dieser Partei will in Württemberg die Bürgerpartei bilden. Sie will vor allem einen Staat mit Ordnung, Ruhe und Gerechtigkeit. Erst, wenn ein solcher Staat gezimmert ist, dürfen Parteien wieder eine Rolle spielen.

Daß ein solcher Staat wieder aufgerichtet wird, deshalb Ihr Männer und Frauen geht am Sonntag nur den Wahlgettel

der Württ. Bürgerpartei ab.

## Wähler! Wählerinnen!

Am 6. Juni schlägt die Schicksalsstunde unseres Volkes und gesamten Wirtschaftslebens auf Jahre hinaus. Wir leben im Staate der Freiheit. **Verlange auch du, Bauer, dein gutes Recht, Befreiung von den Fesseln der Zwangswirtschaft! Sie erdrückt dich, sie gestaltet Preise, bei denen der Bauer nicht bestehen kann und zwingt ihn zu ungeschicklichen Handlungen!**

**Was hat die Zwangswirtschaft erreicht?**

1. Das Schieber und Wuchertum wird gezüchtet und treibt die mannigfachen Blüten.
2. Die Städte sind gezwungen, an Sonn- und Feiertagen scharenweise hinaus aufs Land zu gehn und auf teuren Hamsterwegen die ihnen fehlenden Lebensmittel zu kaufen.
3. Es werden dem Bauern Höchstpreise für seine Produkte zugemutet, bei denen er unmöglich bestehen kann.
4. Jegliche Moral wird durch die tägliche Übertretung der Gesetze auch von der Jugend mißachtet und untergraben.

**Darum: Bauer wach' auf! Du hast ebenso das Recht der Freiheit wie alle übrigen Stände.**

**Kämpfe um deinen Stand und wähle Bauernpartei!**

**Den württ. Bauern- und Weingärtnerbund!**

Er kämpft um dich, beschützt dich, deine Familie, deinen Stand, deinen Grund und Boden! Er vertritt dich im Parlament und im Landtag!

Ihm gib am 6. Juni, wenn du, deine Frau, Sohn oder Tochter zur Wahlurne schreitest, deinen Stimmzettel!

Bürgertum und Mittelstand erwarten ein gemeinsames, geschlossenes, tatkräftiges Vorwärtsgen des Bauernstandes, auf ihm ruhen ihre Hoffnung und Zukunft.

Bedenke wohl:

**Wahltag ist Zahntag!**

**Wie ihr wählt, so werdet ihr besteuert und regiert!**

## Öffentliche Versammlung

am Freitag, 4. Juni abends 8 Uhr im Traubensaal.  
Redner: Fischnerobermeister, Abgeordneter Henne-Tübingen:  
„Handwerkerfragen in Gegenwart und Zukunft.“  
Verwaltungsrat, Abgeordneter Staudenmeyer-Calm:  
Ansprache an die Wähler.

Zu zahlreichem Besuch lädt freundlich ein 2560

Ortsgruppe Nagold

der Deutsch-demokratischen Partei.

## Bienenzüchter-Verein Nagold.

Versammlung für unteren Bezirk in der „Sonne“ in Wildberg Sonntag 6. Juni. Beginn 1 Uhr. 2560

Verkaufe ein

## Wohnhaus

mit 3 Zimmern, Stallung und Schauer, 76 qm Baumgarten am Samstag, den 6. Juni 1920 nachm. 2 Uhr im Wollh. „Stadl“ in Eßlingen zum 2. und letztenmal. Zusage vorbehalten. 2571

Karl Bihler, Eßlingen. Telefon Nr. 3.

## Kurse am 3. Juni 1920

mitgeteilt durch die

Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H. in Nagold.

5% Deutsche Reichsanl. 1.-9. Kriegsanl.	79.75	4% Frankf. Hypoth.-Kreditor.	101.25
4% dgl. v. 1918 unk. 1925	74.90	4% Weinsinger Hypoth.	101.—
3 1/2% dergl.	67.50	S. 2, 6, 7, 8, 9, 11-15	101.80
3% I. Dtsch. Schatzanw.	65.50	4% Württ. Hypoth. Bank	104.—
4% Bad. Anleihe	83.75	3 1/2% dergl. kdb. A-D	95.50
3 1/2% „ „ v. 1900	86.50	u. K-N	99.50
kdb. ab 1905	87.50	3 1/2% dergl. kdb. ab 1912, 1915	99.50
4% Württemberg. k. 1915	87.50	4% Württ. Kreditverein	105.—
1921 u. 1925	93.—	Obligationen.	
3 1/2% dergl. v. 1875	93.—	4% Stadt Frankfurt a. M.	115.—
3 1/2% „ „ v. 1879/80	79.25	4% Stadt. Stadt	—
1885/90	79.25	Aktien.	
3 1/2% dergl. v. 1881/85	74.80	Darmstädter Bank	159.56
Lit. L-O	74.80	Deutsche Bank	281.25
3 1/2% dergl. von 1900	74.50	Disconto-Gesellschaft	192.—
(1903 ff.)	74.—	Dresdener Bank	164.—
3% dergl. von 1898	74.—	Bad. Anl.-u. Sobafabrik	414.—
Wahnbreite.		Daimler Motoren	208.—
4% Frankf. Hypoth. Bank	102.75	Chlenger-Motorenfabrik	185.—
3 1/2% dergl.	91.—		